



Medienschaffende fordern Gewerkschaftsrechte und Informationsfreiheit.

Foto: REUTERS/Osman Orsal

1. Mai – Aktion

Türkei – JournalistInnen kämpfen für Medienfreiheit

Ohne freie Presse – keine Demokratie

Ende März hat die türkische Plattform für unabhängigen Journalismus 155 in der Türkei inhaftierte Journalistinnen und Journalisten aufgeführt. Die wenigsten kennen ihre konkreten Anklagepunkte. Der Mehrheit wird Propaganda für eine terroristische Vereinigung vorgeworfen, was mit langjähriger Haft bestraft werden kann. Das türkische Innenministerium vermeldete am 26. Februar, dass 845 Menschen verhaftet worden seien, die auf sozialen Medien Propaganda verbreitet hätten. Ihr Vergehen: sie hatten gegen den Einmarsch des Militärs in den syrisch-kurdischen Kanton Afrin protestiert. Demgegenüber konnte Präsident Erdogan im Januar feststellen: «In Sachen

Pressefreiheit, neueste Kommunikationstechnologien, soziale Medien und Internetjournalismus ist die Türkei heute eines der führenden Länder der Welt.» Purer Hohn angesichts der andauernden Entlassungen, Einschüchterungen, Verhaftungen und Schliessungen von zahlreichen Zeitungen sowie TV- und Radiostationen. Im Herbst 2016, wenige Wochen nach dem fehlgeschlagenen Putsch, wurden in der Türkei und Nordkurdistan insgesamt 12 TV- und 11-Radiosender aufgrund des Ausnahmezustands geschlossen und die Angestellten entlassen. Es handelte sich vornehmlich um Medien, die in kurdischer Sprache gesendet und kritische Positionen zum

Regime Erdogan vertreten haben. «In diesem Land nimmt die Intoleranz gegenüber anderen Stimmen und Meinungen täglich weiter zu. Neben den kurdischen will die AKP-Regierung alle Medien im Land zum Schweigen oder unter ihre Kontrolle bringen, welche eine abweichende Meinung vertreten», schreibt eine Gruppe von Journalistinnen und Journalisten, welche sich nicht mit dieser Entwicklung abfinden wollen. Sie haben deshalb eine Medienplattform gegründet, die in verschiedenen regionalen Sprachen darüber berichtet, was im Rest des Landes tabu ist. Und sie zählen auf unsere Solidarität, denn: «Ohne freie Presse wird es in diesem Land keine Demokratie geben.» Dies gilt auch für die Journalistinnen der Nachrichtenagentur von Frauen Jinha, die per Dekret bereits zweimal geschlossen worden ist: «Wir geben nicht auf und werden weiterhin über die Anliegen der Frauen berichten.»

Nestlé raus – das Wasser gehört uns!

«Wasser ist ein Recht, nicht eine Ware». Unter diesem Slogan fand vom 17. bis 22. März in Brasília das Alternative Wasserforum FAMA (Fórum Alternativo Mundial da Água) statt, an dem sich Organisationen und soziale Bewegungen aus der ganzen Welt trafen, um den Widerstand gegen die Privatisierung von Wasser zu organisieren. Zeitgleich fand das achte Weltwasserforum (World Water Forum) von VertreterInnen von Regierungen, Wirtschaft und ausgewählten NGO's statt.

MST-Frauen besetzen Nestlé Wasserfabrik

Im Kontext von FAMA haben am 20. März rund 600 Frauen der Landlosenbewegung MST das Gelände von Nestlé in São Lourenço in Minas Gerais besetzt. Sie protestierten damit gegen die Privatisierungspolitik der brasilianischen Regierung und Nestlés Geschäft mit dem Wasser auf Kosten der Bevölkerung. Nestlé hat mehrere Quellen in São Lourenço in den 1990er Jahre aufgekauft. Die Stadt ist bekannt für ihre Thermalquellen, aber das Abpumpen von Wasser durch Nestlé hat dazu geführt, dass zwei Quellen versiegt sind, der Grundwasserspiegel gesunken ist und im Quellwasser der Mineralgehalt zurückgegangen ist. Die MST kritisiert auch die Absicht der Regierung, die Ausbeutung des drittgrössten, 1,2 Millionen Quadratkilometer umfassenden, Süswasserreservoirs der Welt im Süden Brasiliens (Aquifer Guarani) für Multis wie Nestlé zu ermöglichen.

Repression gegen die protestierende MST-Frauen

Die Polizei hat sofort mit Repression und Gewalt auf die Besetzung reagiert. Die friedlich protestierenden Frauen wurden zuerst nicht aus dem Fabrikgelände rausgelassen, danach während des ganzen Weges zurück zu ihrem Camp von der Polizei mit Gummigeschossen angegriffen. Die Polizei attackierte auch den Camp, in welchem sich Kinder befanden, mit Gummigeschossen.

Der SOLIFONDS hat zusammen mit MultiWatch die repressiven Aktionen der Polizei in einem Protestschreiben an die brasilianische Regierung verteilt. Wir werden darüber im nächsten Info-Bulletin weiter informieren.



Der Widerstand wird auch in den elektronischen Medien geführt. Foto: REUTERS/Asmaa Waguih

«Auf dem Weg der Wahrheit, mit der Feder der Frauen.»

Nicht mehr auf Geheiss der Männer aufs Maul hocken, sagte sich eine Gruppe von Journalistinnen aus Kurdistan und der Türkei und gründete am 8. März 2012 die Frauen-Nachrichtenagentur Jinha. «Jin» bedeute Frau auf kurdisch und «Ha(ber)» Information.

Die von rund siebzig, meist auf freiwilliger Basis arbeitenden Frauen betriebene Informationsplattform veröffentlichte Nachrichten von und für Frauen auf Türkisch, Kurdisch, Englisch und Sorani. Die Stimme der Frauen wurde in der Türkei und den angrenzenden Ländern gehört, doch im Oktober 2016 wurden die Büros von Jinha in Diyarbakir, Istanbul, Ankara, Van, Rojava (Syrien) und Suleymaniye (Irak) per Dekret geschlossen und die gesamten Einrichtungen beschlagnahmt.

Die Journalistinnen gaben nicht auf und gründeten im Dezember des gleichen Jahres die Internetzeitschrift Sujin. Nach der Schliessung aller kritischer Medien wollten sie ein Stachel in der gleichgeschalteten türkischen Medienlandschaft sein. Gut acht Monate später wurde auch Sujin aufgrund des Ausnahmezustands per Dekret geschlossen. Und wiederum gründeten die Medienfrauen eine neue Informationsplattform «Jin News» unter dem Motto: «Auf dem Weg der Wahrheit, mit der Feder der Frauen.» (On the path to truth, with

women's pen). Jin News ist in der aktuellen, schwierigen Situation in der Türkei und Rojava die wichtigste Stimme der Frauen. Doch Jin News steht unter enormen wirtschaftlichem und politischem Druck.

Zehra Dogan – inhaftierte Jinha-Mitgründerin

Die dreissigjährige Journalistin und Künstlerin Zehra Dogan aus Diyarbakir hat 2012 mit weiteren Journalistinnen die Nachrichtenagentur Jinha gegründet. Am 21. Juli 2016 ist sie zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie hatte den Text eines zehnjährigen kurdischen Mädchens aus Nusaybin sowie eine eigene Fotocollage über die Zerstörung der Stadt durch die türkische Armee veröffentlicht. Das Gericht befand sie deshalb der Propaganda für eine terroristische Organisation schuldig.

FreundInnen haben dazu das Buch veröffentlicht: Zehra Dogan, *Les Yeux Grands Ouverts. Journal d'une condamnation / Cronique d'une Exposition*. Fages Editions, Lyon 2017.



«Genug!» – GewerkschafterInnen am Welttag der Pressefreiheit. Foto: REUTERS/Murad Sezer

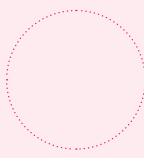
Menschen brauchen Informationsfreiheit wie Wasser und Brot

«Wir sind eine Gruppe von Journalistinnen und Journalisten, welche in verschiedenen kurdischen und oppositionellen Medien gearbeitet haben. Diese wurden nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 aufgrund der Ausnahme-gesetze geschlossen. Der Ausnahmezustand, der am 20. Juli ausgerufen worden ist, hatte dies ermöglicht. Wir schreiben euch in der Hoffnung, dass ihr

unseren Vorschlag rasch beurteilen und die nötige Unterstützung leisten könnt.» Nach der Schliessung von zwölf TV- und elf Radiosendern, gründete die Gruppe im Herbst ihre Medienplattform im Internet. Auf Kurdisch, Türkisch und Zazaki gibt es auf der Plattform aktuelle Fernsehsendungen, Radiobeiträge und Zeitungsartikel. Sie ist für Nordkurdis-tan und die angrenzenden kurdischen

Gebiete in Syrien zu einer der wenigen unabhängigen Informationsquellen geworden. Die Internetplattform erreicht durchschnittlich 10'000 Personen pro Tag, auf Twitter 100'000 und auf Facebook rund 120'000 Follower. Die JournalistInnen der Medienplattform arbeiten unentgeltlich auf freiwilliger Basis. Für Löhne ist kein Geld vorhanden. Für ihren Lebensunterhalt übernehmen sie Gelegenheitsjobs in Restaurants oder als StrassenverkäuferInnen. Das Projekt hat aber laufende Ausgaben für die Miete von Studio- und Büroräumen, für Strom- und Internetgebühren oder für Reisespesen zur Realisierung von Reportagen. Hier will der SOLIFONDS Hand bieten und die Medienplattform unterstützen. Denn, so schreibt die Gruppe der JournalistInnen weiter: «Wir haben Mühe die notwendigen Ausgaben für unsere Arbeit zu begleichen. Wir gehen durch eine Phase, in der die Bedingungen sehr schwierig sind und der Druck ständig zunimmt. Die Machthaber wollen die Stimmen aller Völker in dieser Region zum Schweigen bringen, vor allem jene der KurdInnen. Wir brauchen aber die Freiheit, berichten zu können, und die Menschen brauchen die Informationsfreiheit wie sie Wasser und Brot brauchen.»

DANKE FÜR IHRE SOLIDARITÄT MIT DEN JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI, DIE FÜR FREIE MEDIEN UND DEMOKRATIE KÄMPFEN.

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta Einzahlung für / Versement pour / Versamento per		+ Einzahlung Giro + Einzahlung für / Versement pour / Versamento per		+ Versement Virement + Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento		+ Versamento Girata +			
SOLIFONDS Fonds de solidarité pour la libération sociale dans le tiers monde, Neuchâtel Zürich CH52 0900 0000 8000 7761 7 Konto / Compte / Conto 80-7761-7 CHF <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>		SOLIFONDS Fonds de solidarité pour la libération sociale dans le tiers monde, Neuchâtel Zürich CH52 0900 0000 8000 7761 7 Konto / Compte / Conto 80-7761-7 CHF <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>		1.Mai - Türkei - JournalistInnen für Medienfreiheit <input type="checkbox"/> Bitte schickt mir mehr Infos zum SOLIFONDS Einbezahlt von / Versé par / Versato da _____ _____ _____ _____					
		105							

Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

800077617>
800077617>

Repression treibt Menschen in die Flucht

Aydin Bolkan, Journalist

Aydin Bolkan hatte seit 1994 für einen kurdischen Fernsehsender gearbeitet und war vor allem mit der Berichterstattung über die türkische Innenpolitik und Wirtschaft betraut. Schon damals sei der Druck auf JournalistInnen enorm gewesen. Sie wurden ermordet, verschleppt, gefoltert und auf Redaktionsbüros Bombenattentate verübt. Danach gab es eine Zeit der Öffnung. Der türkische Staat führte Friedensgespräche mit der kurdischen Bewegung, zahlreiche kurdische Medien entstanden in jener Zeit. Nach der Ausrufung des Ausnahmezustands im Sommer 2016 sind diese Medien geschlossen worden und der Druck auf die Medienschaffenden hat massiv zugenommen. In grosser Zahl haben sie ihre Stellen, und damit Einkommen und soziale Sicherheit, verloren. Arbeiten sie auf freiwilliger Basis weiter, wie die JournalistInnen der Medienplattform, werden sie mit Geldstrafen und Anklagen eingedeckt und ins Gefängnis gesteckt.

Waffen top – Asyl flopp

Die Kriegsmaterialausfuhren aus der Schweiz in die Türkei fielen 2017 mit 644'000 Franken vierzehnmal höher aus als 2016! Die kurze Begründung des SECO: Es sind mehr Ersatzteile für Waffen an die türkische Armee geliefert worden.

Rund 1'500 Menschen aus der Türkei haben seit 2016 in der Schweiz um Asyl nachgesucht. Obwohl bei den meisten von ihnen die politische Verfolgung in der Türkei ausser Zweifel steht, warten sie monatelang, ja jahrelang auf die Behandlung ihrer Asylgesuche.

Auch er sei aufgrund seiner Arbeit als Journalist einem riesigen Druck ausgesetzt gewesen, erzählt Aydin Bolkan. Deshalb ist er vor gut einem Jahr mit der Absicht in die Schweiz gekommen, etwas Distanz zu schaffen, und dann in die Türkei zurückzukehren. Hier hat er dann erfahren, dass sein Reisepass annulliert, gegen ihn ein Gerichtsverfahren eröffnet und ein Haftbefehl erlassen worden ist.kehrte er jetzt in die Türkei zurück, würde er umgehend ins Gefängnis geworfen. Aydin Bolkan hat deshalb ein Asylgesuch gestellt. Seit über einem Jahr wartet er in einem kantonalen Durchgangszentrum auf seine Befragung und einen Asylentscheid durch die schweizerischen Behörden.

Lami Özgen, Gewerkschafter

Der Druck auf die regierungskritischen Gewerkschaften ist seit der Ausrufung des Ausnahmezustands enorm gestiegen, sagt Lami Özgen, ehemaliger Präsident des KESK-Gewerkschaftsbunds, in dem Angestellte der öffentlichen Dienste organisiert sind. Aber das grösste Problem sind die massenhaften Entlassungen: Wer seinen Job verliert, kämpft mit Armut und Hunger.

Normalerweise erhalten Entlassene eine Abgangsentschädigung. Da in der aktuellen Lage Unternehmen aus politischen Gründen geschlossen werden, gibt es für die Entlassenen kein Recht auf Abgangsentschädigungen. Sie verlieren zusätzlich alle sozialen Absicherungen, insbesondere die Krankenversicherung für sich und die ganze Familie.

Und die Aussichten auf eine neue Arbeit sind gleich null. Die Entlassenen kommen auf eine schwarze Liste, sodass sie auch im Privatsektor keine neue Stelle mehr finden. Für sie gibt es nur noch prekäre Beschäftigungsmöglichkeiten als Kellner, Blumenverkäuferin, Tagelöhner oder Strassenhändlerin.



Aydin Bolkan, Journalist, oben
Lami Özgen, Gewerkschafter, unten

Die KESK unterstützt ihre Mitglieder in dieser Situation, aber die Gewerkschaft hat nicht die Möglichkeit, für die Löhne der Entlassenen aufzukommen. Zunehmend wird die finanzielle Situation für KESK selber schwierig: Die Gewerkschaft bekommt von den Entlassenen keine Mitgliederbeiträge mehr, braucht aber mehr Geld für die Unterstützung an entlassene Mitglieder. Dazu kommt, dass der Staat solche Unterstützungen per Dekret verbietet und mit Geldbussen bestraft.

Indem der türkische Staat auf diese Weise in die internen Regelungen der Organisation eingreift, verletzt er internationale ILO-Richtlinien. Das kümmert Regierung und Präsident Erdogan nicht, ihr Ziel ist es die kritischen Gewerkschaften zu zerschlagen. Dabei gehen sie auch rigoros gegen deren ExponentInnen vor mit der Folge, dass viele von ihnen ins Exil gezwungen worden sind. Lami Özgen ist einer von ihnen.